

Zeitschrift: Neues helvetisches Tagblatt
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1799-1800)

Rubrik: Gesetzgebung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neues helvetisches Tagblatt.

Herausgegeben von Escher und Usteri, Mitgl. der gesetzg. Rätthe.

Band II. Nro. LXXXI.

Bern, den 19. Nov. 1799. (28. Brumaire VIII.)

Gesetzgebung.

Grosser Rath, 29. Okt.

(Fortsetzung.)

Schlumpf stimmt Koch bei.

Desloes hat sich auch nicht hinreissen lassen durch die großen Worte, die bei Anlaß der Gewerbefreiheit geflossen sind; auch er ist überzeugt, daß dieser eine gute Gewerbspolizei vorgehen sollte; er stimmt Koch bei, und hofft, Escher werde für die Wasserbau-Commission fleißig arbeiten.

Sizi ist Kellrabs Meinung, und war auch ein Müller, und hatte immer zu verdienen, ungeachtet in seinem ehemaligen Kanton Appenzell weder Zwang noch privilegierte Mühlen vorhanden waren; er hofft, Niemand werde daran denken, die freigewordenen Schweizer näher zu beschränken, als sie es zuvor waren.

Bourgeois ist betrübt durch die Aeußerungen gegen unser Gewerbefreiheitsgesetz, welches der Constitution und den Menschenrechten gemäß ist. Er fodert Verweisung an die Commission.

Cartier: In Revolutionen verlieren immer Einige; wenn aber das Ganze gewinnt, so ist die Revolution zu beloben. Ist denn das Getreide, welches in eine neue Mühle getragen wird, das Eigenthum des alten Müllers, daß sich dieser beklagen darf: er werde in seinem Eigenthum verletzt, wenn eine andere Mühle neben der seinigen entsteht? Ich glaube nein, und eben darum auch ist das Geschrei wider Eigenthums-Verletzung durch Gewerbefreiheit durchaus ungegründet. Uebrigens stimme ich Kochs eigentlichem Antrag bei.

Kellrab will sich mit Eschern vereinigen, aber nur unter dem Gesichtspunkt von Wasserpolizei, deren Bearbeitung er aber nicht für so schwierig ansieht.

Euter: Ich habe das Privilegium, zu leben; wir haben das Privilegium, Gesetze zu machen; kurz, alles ist Privilegium, und kann es seyn, wenn es Niemand schadet; wenn aber ein neuer Müller dem alten Müller das Wasser wegnimmt, so ist dieser in seinem Eigenthum verletzt; ich stimme Kochs Antrag bei.

Koch beharret auf seiner ersten Meinung, und wünscht, daß die Wasserbau-Commission ein abgesondertes Gesetz vorschlage, durch welches jeder Bürger, der ein Wasserwerk irgend einer Art anlegen will, gehalten werde, dieses öffentlich bekannt zu machen, und der Polizei anzuzeigen, damit Jedermann die allfälligen Einwendungen dagegen machen, und die Polizei die Sache gehörig beaufsichtigen könne, damit durch solche Anlagen kein Schaden bewirkt werde.

Kochs Antrag wird angenommen.

Zimmermann, im Namen der Mehrheit einer Commission, legt ein Gutachten vor über die Botschaft des Direktoriums, welche einen Richter über die Interimsregierung von Zürich begehrte. (Wir haben dieses Gutachten bereits im No. 68. u. 69. des helv. Tagbl. geliefert.)

Cartier: Das Gutachten ist von der allers größten Wichtigkeit; ich fodere, daß dasselbe erst ins Französische übersetzt werde, ehe man in irgend eine Verathung darüber eintritt.

Zimmermann folgt diesem Antrag.

Euter stimmt bei, und begehrt, daß das Gutachten auch nach der Uebersetzung noch 2 Tage, zu sorgfältiger Untersuchung, auf den Kanzleitisch niedergelegt werde.

Dieser letzte Antrag wird angenommen.

Carmintran, im Namen einer Commission, legt folgendes Gutachten vor, über welches Dringlichkeit erklärt, und welches ohne Einwendung angenommen wird:

An den Senat.

In Erwägung, auf die Botschaft des Volk-

ziehungsdirektoriums vom 19. dieses Monats, daß Ulli Schmutz von Ueberstorf, Franz Jungo von gleichem Orte, Jakob Egger von Wälsch, und Christen Aebischer von Niedermurren, für ihre gegenrevolutionären Handlungen von dem Militärgerichte zu Fryburg, nach den dazumal bestehenden Gesetzen, zu öffentlicher Arbeit und zu mehr und weniger langer Einsperrung in das Zuchthaus verurtheilt worden;

In Erwägung, daß diese Verurtheilten nur blinde Werkzeuge einiger Bösewichte waren, von denen sie verführt wurden, indem dieselben ihre Leichtgläubigkeit mißbrauchten, und daß es demnach hart wäre, wenn diese Unglücklichen die durch das Urtheil bestimmte Zeit hindurch ihre dem Verhältniß nach härtere Strafe ganz aushalten müßten, nachdem man einen Namens Rössberger mit besonderer Nachsicht behandelte, indem sein Todesurtheil zu einer einjährigen Einsperrungsstrafe gemildert wurde, dessen Verbrechen doch ungleich größer war;

In Erwägung endlich, daß diese vier Verurtheilten bis zur Zeit der in einigen Gemeinden des Kantons Fryburg ausgebrochenen Unruhen sich als gute Bürger betragen haben, so daß man in dieser Hinsicht, und in Betrachtung ihrer Reue, welche die besagte Bothschaft anführt, hoffen darf, daß ihr Betragen in der Folge ihre begangenen Fehler ausstilen werde, und daß sie Familienväter sind, und diese Familien sie zu ihrer Unterstützung nöthig bedürfen;

hat der große Rath nach erklärter Dringlichkeit beschlossen:

Die gegen die Namens Schmutz, Jungo, Egger und Aebischer ausgesprochene Einsperrungsstrafe, ist in eine Eingrenzung in ihre respect. Gemeinden für gleich lange Zeit, als ihre Strafe dauern sollte, gemildert, unter dem Verbote, die Schenken und Gesellschaften zu besuchen, und unter Verpflichtung, für ihr künftiges Betragen Verbürgung zu leisten.

Der Senat verwirft den Beschluß über die Art des Verkaufs der Nationalgüter.

Cartier fodert Zurückweisung an die Commission, um in zwei Tagen ein neues Gutachten vorzulegen.

Billeter fürchtet, die Vorsehung habe beschlossen, daß hierüber kein Beschluß angenommen werde. Er fodert Abänderung der Commission.

Zimmermann stimmt Cartier bei, und hofft, die Commission werde nicht muthlos werden.

Anderwerth stimmt Billeter bei, welcher beharrt.

Noch ist Zimmermanns Meinung, welche angenommen wird.

Senat, 29. Oktober.

Präsident: Genhard.

Die Discussion über den Bericht der Revisionscommission der Constitution (S. 5.) wird eröffnet.

Genhard als Mitglied der Commission legt folgende Meinung vor:

Auf der angenommenen Basis, Helvetien in Bezirke und Viertel einzutheilen, ruhet die Organisation aller Gewalten.

Jedes Viertel von beiläufig 1000 Ackerbürgern bildet eine Uebersammlung, die erstens: fünf Candidaten zu Stellvertretern des Volks; zweitens: Wahlmänner, die die obersten Gewalten aus dem Vorschlag von fünf Bezirken wählen; dann die Richter in das Bezirksgericht, die in das Friedensgericht, und die Municipalitäten. Ich würde in die Municipalität und in das Friedensgericht sieben Personen wählen. Das Bezirksgericht aber, kann aus zwölf, wozu jedes Viertel 3 wählt, bestehen.

Die Wahlmänner von 20 Vierteln, oder 5 Bezirken, wählen die Repräsentanten aller obersten Gewalten aus den vorgeschlagenen Candidaten der Uebersammlungen.

Ehe nun die Zahl dieser Repräsentanten fest zu setzen ist, muß man wissen, wie viele oberste Gewalten seyn sollen, und aus wie vielen Mitgliedern dieselben bestehen müssen. Ich rathe derselben, so wie die ganze Commission, vier solcher an:

Eine Gesetzgebende, die allgemeine Gesetze macht. Eine Vollziehende, die die Gesetze vollziehet, nach Gesetzen regiert, mit auswärtigen Mächten unterhandelt, und für innere und äußere Sicherheit wacht.

Eine Richterliche, die nach den Gesetzen richtet, oder wo sie nach der Constitution nicht zu richten hat, kassirt und motivirt, um die Einheit der Republik zu erhalten.

Eine Verwaltende, die das Nationaleigenthum

thum aller Orten, alle Einnahmen und Ausgaben, den Nationalschatz, den Nationalwohlstand in Hinsicht auf Agrikultur, Künste, Wissenschaften, Erziehung, Armenwesen, Vorrathshäuser, Viktualien, Schatzungen, Gebäude und dergleichen, die Arsenalen und das Kriegsgeschütz ausgenommen, welches der vollziehenden Macht untergeordnet ist, nach Gemäßheit der Gesetze besorget.

Die gesetzgebende Gewalt will ich, wie es jetzt schon ist, in zwei von einander abgesonderte Räte theilen. In den grossen Rath, der aus 60 Mitgliedern besteht, der gesetzliche Beschlüsse nach den in der Constitution festgesetzten Grundsätzen macht, und in einen Prüfungs- oder Revisionsrath, der aus 54 Mitgliedern besteht, wenn man 18 Wahlversammlungen in Helvetien annimmt, der die Beschlüsse des grossen Rathes annimmt oder verwirft, und die Konstitutionsabänderungen vorschlägt; also 8 Repräsentanten auf jede Wahlversammlung gerechnet.

Der Vollziehungsrath wird aus 18 Mitgliedern bestehen, wenn es 18 Wahlversammlungen sind, wozu jede Wahlversammlung ein Mitglied wählt.

Der oberste Gerichtshof und der Verwaltungsrath werden wie der Vollziehungsrath gewählt werden.

Ich bin mit der Majorität in Ansehung des Friedens- und des Bezirksgerichts, wie auch mit der Prozedurart bei denselben einig. Nicht aber über den Vollziehungsrath und den obersten Gerichtshof.

(Die Fortsetzung folgt.)

Einladung an Menschenfreunde, zur Theilnahme an der neuen Hülfsanstalt für die nothleidenden Einwohner unsers hartbedrängten Vaterlandes.

B e s c h l u ß.

§. 1. Eine Gesellschaft von Freunden verbindet sich zu dem Vorhaben, mit der möglichsten Geflossenheit, auf allen Wegen die ihnen offen stehen, aus nähern und entferntern Gegenden, welche an Nahrungs- und Kleidungsmitte[n] von der Natur gesegneter, und von Menschen weniger geschädigt sind, als die uns fern, in möglichst wohlfeilen Preisen, Quanta,

(deren Größe sich nach den Fonds der Gesellschaft richten wird,) zu erhandeln und hieher liefern zu lassen.

§. 2. Diese Quanta, mit Verzicht auf allen Profit, und auf jede, noch so mäßige, Bezahlung ihrer Mühe, durchaus in den Preisen, um welche sie den Käufern anliegen, der nothdürftigeren Klasse ihrer Mitbürger zufließen zu lassen, wäre freilich, besonders in Rücksicht auf den Fúrkaufwucher — schon ein nützliches Unternehmen: allein die Gesellschaft wünscht noch unmittelbarer und kräftiger der Noth beizuspringen zu können.

§. 3. So viel darf sie sich freilich nicht schmeicheln, daß sie in den Stand kommen werde, nur gratis auszutheilen. Die Kräfte, womit sie wirken soll, (und wenn sie noch so reichlich damit ausgestattet würde), müßten auf diese Weise gar zu schnell verzehrt werden: Sie wird aber mit der möglichsten Sorgfalt darauf bedacht seyn, die Hungrigsten, in ihrem Wirkungskreise, ganz unentgeltlich zu speisen.

§. 4. Andre, nicht auf dem äußersten Grad des Mangels stehende, gleichwol der Unterstützung benöthigte, würden zwar das ihnen zugetheilte bezahlen; aber, je nach dem Verhältniß ihrer erößern oder geringern Dürftigkeit, mit $\frac{1}{8}$ oder $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ oder $\frac{2}{3}$ u. s. w. Abzug, von dem Preise, um welchen die Waare den Käufern anliegt; nicht bloß würde also an Niemandem nicht der mindeste Profit gesucht, sondern jeder mit einer, seinem Bedürfnisse angemessenen, Gabe wohlthätig bedacht.

§. 5. Wenn sich nun die Gesellschaft ihren Wirkungskreis auch nur sehr eingeschränkt vorstellt: (sie wünscht aber denselben von einer Zeit zur andern erweitern zu können,) so erfordert die Ausführung ihres Hülfsgedankens beträchtliche Geldkräfte, welche sie unmöglich bloß aus sich selbst schöpfen kann. Sie wird zwar, ehe dies Blatt im Publikum erscheint, aus freiwilligen Beiträgen ihrer Mitglieder eine Casse errichtet haben; daß aber diese, (zumal auch die Gesellschaft noch nicht zahlreich ist) für den vorgesetzten Zweck hinreichend ausfallen könnte, wird niemand erwarten.

§. 6. Sie ladet also die menschenfreundlichen Mitbürger denen dieser Plan gefällt, ein, die dazu gewiedmete Casse mit Beisteuern zu vergrößern, und der Gesellschaft zuzutragen, daß sie ihre Liebesgaben nach den oben aufgestellten